

Mikrosegregation und die Verschärfung negativer Segregationseffekte

Beobachtungen aus der Praxis der Stadtteilarbeit

Susen Engel, Sofie Kirkegaard, Anne-Sophie Rebner

In den letzten Jahrzehnten hat die soziale Segregation in urbanen Räumen zunehmend an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen, insbesondere im Kontext von ungleichen Lebenschancen innerhalb von Großstädten (Latz 2023; Krenzlin 2024). Unter dem Begriff der Segregation versteht man allgemein das Phänomen wohnräumlicher Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Stadtteilen oder Vierteln. Segregation kann dabei nach verschiedenen sozialen Kategorien oder Indizes (Alter, Einkommen, sozialer Schicht, Migrationshintergrund bzw. ethnisch-kultureller Hintergrund etc.) abgebildet werden (Dangschat 2014; Farwick 2012; Drilling/Dittmann 2022; Guhl/Blanc 2023). Diskutiert werden sowohl positive als auch negative Segregationseffekte (Farwick 2007; Alisch 2023). Segregation in urbanen Räumen hat nicht nur Auswirkungen auf individuelle Lebenschancen der Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch auf die gesellschaftliche Kohäsion insgesamt, wenn etwa durch ungleiche Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen Desintegrationsprozesse, soziale Spannungen und der Verlust an gesellschaftlicher Orientierung drohen.

In unserer Arbeit als Stadtteilarbeiterinnen in einer Großwohnsiedlung am Berliner Stadtrand beobachten wir sozialräumliche Entwicklungen, die auf eine verschärfte Segregation und damit auf eine drastisch zugenommene soziale Ungleichheit hinzudeuten scheinen. Auf Grundlage der von uns beobachteten veränderten Segregationsmuster möchten wir vorschlagen, den bereits von Rowland Atkinson (2006) eingeführten Begriff „Hyper-Segregation“ zu stärken und zu erweitern und mit dem Begriff der „Mikro-Segregation“ (Maloutas/Karadimitriou 2022; Maloutas 2024)

zu verknüpfen. Damit wollen wir an Diskussionen um zugespitzte soziale Entwicklungen anknüpfen, die in den letzten Jahren mit Begriffen wie „*super-diversity*“ (Vertovec 2007) oder „*hyper-division*“ (Forrest/Koh/Wissink 2017) auf eine zunehmende Komplexität und Verschärfung sozialer Prozesse hinweisen. Unsere Beobachtungen aus der praktischen Stadtteilarbeit lassen darauf schließen, dass die gängigen Diskussionen um Segregation und Segregationseffekte erweitert werden müssen. So treten Segregationsmuster deutlich kleinteiliger auf, als sie in der Segregationsforschung bisher abgebildet werden. Auch verdichten sich Hinweise darauf, dass sich negative Segregationseffekte auf kleinräumiger Ebene deutlich ausdifferenzierter zeigen.

Der Stadtteil, in dem wir als Stadtteilarbeiterinnen tätig sind, ist charakterisiert von einer einkommensschwachen Bevölkerung, weitreichenden Sanierungsrückständen der Wohnhäuser und einer Unterversorgung an sozialer Infrastruktur, die die Bedarfe des Stadtteils in mehrfacher Hinsicht nicht deckt. Es fehlen Kita- und Schulplätze sowie eine ausreichende medizinische Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzt_innen, auch reichen die Einrichtungen für Beratung und Begegnung nicht aus. Seit einigen Jahren lässt sich zudem eine Verschärfung sozialer Problemlagen in einzelnen Wohnhäusern beobachten, die wir als Folge einer kleinräumigen Segregation deuten und die durch die bisherige Empirie und Forschung zur sozialen Segregation nicht vollständig erfasst wird.

1. Soziale Realitäten in einem mikrosegregierten Stadtteil

Die betreffende Großsiedlung am Berliner Stadtrand wird als sozial segregiert beschrieben. Das *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin* (SenStadt Berlin 2023) weist den Stadtteil als „Gebiet mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf“ aus. Ein solches Gebiet ist ein Quartier, das durch einen besonders niedrigen sozialen Status und eine hohe soziale Benachteiligung charakterisiert ist. Im Gesamtindex „Soziale Ungleichheit“ wird ein sehr niedriger sozialer Status auf Grundlage der Indikatoren Arbeitslosenquote, Transferleistungsbezugsrate und Kinderarmutsrate gemessen beziehungsweise operationalisiert. Auch sind diese Gebiete oft durch eine hohe Dichte an sozial benachteiligten Gruppen gekennzeichnet, was die Verfestigung von Armut und sozialen Problemen begünstigt. Bei genauerer Betrachtung des Stadtteils zeigen sich soziale Problemlagen jedoch als nicht gleichmäßig verteilt. Unsere Erfahrungen

Mikrosegregation und die Verschärfung negativer Segregationseffekte

als Stadtteilarbeiterinnen zeigen wohnräumliche Konzentrationen von Haushalten auf der Ebene von Straßenabschnitten oder sogar einzelnen Häusern. Diese sind nicht nur von Armut betroffen, sondern gleichzeitig aufgrund ihrer konkreten Lebens- und/oder Wohnsituation in ihrer Alltagsbewältigung multidimensional herausgefordert.

Zudem nehmen wir eine Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Wahrnehmungen der Bewohner_innen ihres Stadtteils wahr. Während einige zum Teil sehr gravierende Probleme in den Hausgemeinschaften und schwerwiegende soziale Missstände in ihren Wohnhäusern beklagen, berichten andere, meist nur wenige Hausnummern weiter, von einer zufriedenstellenden Wohnsituation. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen stehen oft im krassen Gegensatz zueinander und verdeutlichen die komplexe soziale Realität vor Ort. So scheinen sich komplexe Problemlagen in einzelnen Häusern oder Straßen in verschärfter Form zu konzentrieren. Aus den Gesprächen mit Bewohner_innen der betroffenen Häuser wissen wir, dass dort spezifische Problemlagen kumulieren. Die Wohnsituationen in diesen Häusern ist geprägt von Gewalterfahrungen, Vandalismus, Kriminalität, Drogenhandel sowie Lärmbelästigung. In den betreffenden Häusern konzentrieren sich zudem Haushalte, die als einkommensschwach, sozial desintegriert und psychisch belastet beschrieben werden können. Auch wird von illegaler Untervermietung und entsprechender Überbelegung in einigen Wohnungen sowie von Schlafstätten wohnungsloser Menschen in den Hausfluren berichtet. Diese Phänomene werden für einzelne Häuser berlinweit berichtet. Jedoch häufen sich in dem betroffenen Stadtteil die Vorfälle, und es ist mit einer anderen Quantität zu rechnen als etwa in den Berliner Innenstadtquartieren. In einzelnen Häusern sind die Problemlagen bereits seit mehreren Jahrzehnten bekannt. Dennoch berichten betroffene Bewohner_innen von einer Zuspitzung der Situation in den letzten Jahren. Für sie scheinen die Grenzen des Zumutbaren mittlerweile deutlich überschritten zu sein.

Ein Bewohner schilderte uns, dass er den Kontakt zu Nachbarn meide und seine Wohnung nicht verlasse, wenn er Stimmen im Hausflur höre. In der Vergangenheit wurde er oft von Nachbar_innen als Sozialarbeiter angesprochen und um Hilfe gebeten, wovon er selbst häufig überfordert war. Auch wurde er bereits mehrfach von Nachbarn bedroht und belästigt. Er berichtete, dass viele seiner Nachbarinnen unter psychischen Belastungen oder Erkrankungen litten, was dazu führe, dass sie nicht

in der Lage seien, einrichtungsbezogene oder institutionalisierte Hilfe in Anspruch zu nehmen. Eine weitere Nachbarin berichtete von andauerndem nächtlichem Lärm, verursacht durch psychisch belastete Nachbar_innen. In ihrer Verzweiflung hat sie begonnen, nachts in einem Linienbus zu schlafen, um Ruhe zu finden. Solche Berichte stellen keine Einzelfälle dar, sondern weisen auf strukturelle Probleme hin, die viele Bewohner_innen in den sogenannten „Problemhäusern“ erleben. Gleichzeitig haben diese zudem ein tiefes Misstrauen gegenüber offiziellen Stellen wie der Berliner Polizei und ihren Vermietern, meist landeseigene Wohnungsunternehmen. Bewohner_innen aus diesen Häusern berichteten uns, dass sie angesichts ihrer Wohn- und Lebenssituation resigniert hätten und sich nicht mehr an diese Institutionen wendeten, da sie keine Lösung ihrer Probleme erwarteten. So werden auch massive Schäden nicht bei den Vermietern angezeigt und selbst gravierende Gewaltvorfälle nicht der Polizei gemeldet. Dadurch verstärken sich jedoch die Problemlagen in den Häusern und die soziale Isolation steigt.

Unter den Bewohner_innen des Stadtteils liegen klare Wahrnehmungen der Unterschiede der jeweiligen kleinräumigen Nachbarschaften vor. Es gibt unter den Kiezbewohner_innen und den im Stadtteil tätigen sozialen Akteur_innen ein Bewusstsein über die „guten Lagen“ im Kiez und jene Häuser, die als „problematisch“ gelten. So werden einige Häuser von Kiezbewohner_innen, aber auch von professionellen Akteur_innen aus Politik, Verwaltung und bei der Polizei als „Horror-Haus“ oder „Suizid-Haus“ bezeichnet. Das führt dazu, dass nicht nur die Häuser, sondern alle Bewohner_innen der betroffenen Häuser abgewertet und stigmatisiert werden.

Zudem verstärkt die geographische Lage am Stadtrand die Herausforderungen: Die Versorgungsstrukturen für Bildung, Gesundheit, Bewegung, Soziales und Kulturelles liegen oft nicht im Stadtteil selbst und sind damit schwerer erreichbar. Es fehlt an Kita- und Schulplätzen, an Fachärzt_innen und Therapeut_innen, an Einrichtungen für Begegnung und Nachbarschaft oder für Senior_innen sowie an sozialen Hilfs- und Unterstützungsangeboten. Das schränkt den Zugang zu wichtigen Institutionen der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe ein. Gleichzeitig berichten Akteur_innen vor Ort aus den Bereichen Kita, Schule und Soziale Arbeit sowie die Vertreter_innen der Sozialbehörden in Bezug auf bestimmte Teilgebiete des Quartiers von einem erhöhten Betreuungsaufkommen durch die Beratungsstellen bei freien Trägern

sowie des Jugendamts und damit auch von einer erhöhten Hilfedichte. Zudem beobachten diese Akteur_innen, dass nicht nur viele Menschen das Quartier nicht verlassen und keine Angebote außerhalb ihres Wohnumfeldes wahrnehmen, sondern auch von einer zunehmenden Komplexität der Probleme, mit denen Familien und Einzelpersonen zu tun haben (z. B. sogenannte „Multiproblemfamilien“).

Die Ursachen dieser neuen Segregationsphänomene sind vielschichtig. Bei der Mehrzahl der Wohnungen im Stadtteil handelt es sich um mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen der Berliner landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mehrheitlich werden hier freie Wohnungen an Menschen mit einem sogenannten Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet, der Menschen mit niedrigem Einkommen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ermöglicht. Hinzu kommen Verpflichtungen dieser Wohnungsunternehmen aus dem sogenannten „geschützten Marktsegment“. Dies ist ein wohnungspolitisches Instrument, um wohnungslose Menschen oder auch Menschen, die aus ambulanten, stationären oder betreuten Einrichtungen oder aus der Haft entlassen werden, mit Wohnraum zu versorgen. Dieser institutionalisierte Rahmen in der Vermietungspraxis allein erklärt jedoch nicht hinreichend die wahrgenommenen Muster kleinräumiger Hyper-Segregation. In Berlin sind schätzungsweise rund 60 Prozent aller Berliner Haushalte berechtigt, einen sogenannten WBS durch die Berliner Bezirksverwaltungen zu erhalten (Böldt 2023). Die Gruppe der WBS-Berechtigten ist damit sehr groß und dürfte in Bezug auf Einkommen, Lebenslage und Milieu deutlich ausdifferenzierter sein als die Gruppe derjenigen Menschen, die in den hyper-beziehungsweise mikrosegregierten Wohnhäusern oder Straßen anzutreffen sind. Uns bleiben die Ursachen dieser zunehmenden kleinteiligen wohnräumlichen Konzentrationsprozesse unklar.

2. Herausforderungen der Forschung in mikrosegregierten Stadtteilen

Herausforderungen in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Mustern hyper-beziehungsweise mikrosegregierter Stadtteile ergeben sich hinsichtlich des empirischen Zugangs sowie der Theorie. Die bestehenden empirischen Daten zur sozialen Segregation stoßen hier an ihre Grenzen, da sie lediglich sozialstrukturelle Informationen bis zur Ebene der lokalen Wohngebietsrelevanz erfassen, den sogenannten lebensweltlich orientierten Räumen oder den Planungsräumen,

was die ausdifferenzierte Realität in den Siedlungen und Quartieren nicht abbildet. Die lebensweltlich orientierten Räume bilden in Berlin die Grundlage für Planung, Prognose und Beobachtung demographischer und sozialer Entwicklungen. Dabei zielen sie darauf ab, die lebensweltliche Homogenität von Gebieten aufzuzeigen und gleichzeitig die Vergleichbarkeit der Planungsraumeinheiten zu gewährleisten. Aktuell werden in Berlin 542 Planungsräume unterschieden.

Zudem erfassen die gewählten Kategorien und Indizes zur Messung von Segregation nicht alle bedarfsgerechten Dimensionen. So werden Bevölkerungsstrukturdaten in den Dimensionen Geschlecht, Alter, Arbeitslosigkeit (nach SGB II), Kinder und Jugendliche in alleinerziehenden Haushalten, Transferbezug der Nichtarbeitslosen (nach SGB II und XII), Kinderarmut (Transferbezug SGB II der unter 15-Jährigen) und Migrationshintergrund erhoben und bis auf die Ebene der Planungsräume analysiert und dargestellt. Unerfasst oder unterbelichtet bleiben Daten, die auf spezifische Bedarfe – etwa bezüglich einer sozialen, psychosozialen oder medizinischen Unterstützung – hinweisen könnten. Darunter fielen etwa Daten zu sozialer Isolation, psychischen Belastungen, chronischen Erkrankungen, familiären und wirtschaftlichen Problemen sowie zur Nutzung und Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten.

Interessanterweise zeigen die Berichte der Berliner Polizei und der landeseigenen Wohnungsunternehmen, dass die Anzeige- beziehungsweise Beschwerdelage in diesen Gebieten nicht signifikant erhöht ist. Das verdeutlicht die Diskrepanz zwischen offiziellen Statistiken und der subjektiven Wahrnehmung und Erfahrung der Anwohner_innen. Wenn Bewohner_innen der betroffenen Häuser und Nachbarschaften sich nicht mehr an Polizei und vermietende Unternehmen wenden und Vorfälle melden, erschwert dies die Erhebung sozialer Realitäten und mögliche Interventionen.

Wie oben beschrieben, stößt quantitative Forschung für die Gesamtstadt Berlin hier an ihre Grenzen. Sehr kleinräumige statistische Daten sind auch aus Gründen des Datenschutzes und aus ethischen Gründen schwer zu erfassen. Außerdem bilden die Kategorien und Indizes nicht die komplexe soziale Wirklichkeit ab. Daher scheint es wichtig, sich diesem Forschungsfeld mit qualitativen Methoden zu widmen: Interviews und ethnographische Studien können tiefere Einblicke in die Lebensrealitäten der Bewohner_innen in mikrosegregierten Gebieten bieten. Denkbar wären Modellprojekte, die die soziale Realität vor Ort ethnographisch

Mikrosegregation und die Verschärfung negativer Segregationseffekte

erkunden. Es könnte in zwei Richtungen geforscht werden: Erstens könnten die Unterschiede zwischen den Häusern eines Viertels in den Blick genommen und Erklärungsansätze gefunden werden. Zweitens könnten die Folgen der Segregation, also etwa die sozialen Problemlagen, die Isolation und Gewalt, beschrieben und analysiert werden. Diese Ansätze wären hilfreich, um die Lebensrealitäten sowie subjektiven Erfahrungen und Wahrnehmungen der Menschen, die in sozial benachteiligten Vierteln leben, besser zu verstehen.

Dabei sind sowohl spezifische methodische als auch ethische Herausforderungen in der empirischen Forschung mitzudenken. Aufgrund der Mehrfachbelastung vieler Haushalte (Armut, Einsamkeit, Gewalt, Sucht, psychische Belastungen und Erkrankungen) und ihres oft isolierten oder stigmatisierten Wohnorts ist der empirische Zugang zu diesen Gruppen erschwert und erfordert Sensibilität und Geduld, um Vertrauen aufzubauen und den Zugang zu erhalten. Auch müsste eine stärker ethnographisch orientierte Forschung sicherstellen, dass die Bewohner_innen vor möglichen negativen Auswirkungen der Forschung geschützt sind. Dies umfasst den Schutz ihrer Privatsphäre und die Vermeidung von zusätzlicher Stigmatisierung, Stress oder Trauma während der Datenerhebung. So ist es für uns kaum vorstellbar, wissenschaftliche Studien vor Ort durchzuführen, ohne dass durch die Forschenden auch eine Form konkreter Unterstützung und Hilfe angeboten wird.

Des Weiteren ergeben sich in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit hypersegregierten Stadtteilen theoretische Herausforderungen. Das Forschungsfeld zu Hyper- beziehungsweise Mikrosegregation ist in den Sozialwissenschaften relativ neu. Beschrieben werden wohnräumliche Konzentrationsprozesse von sozialen Gruppen auf sehr kleinen geographischen Ebenen. Mithilfe des Begriffs der Mikrosegregation werden zudem wohnräumliche Konzentration von ethnischen Gruppen innerhalb von Stadtteilen, Straßen und Häusern analysiert (Rüttenauer 2021). Kaum betrachtet werden jedoch Prozesse und Muster in Bezug auf die wohnräumliche Konzentration vom mehrfachbelasteten Haushalten.

Eine weitere Herausforderung in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den von uns beschriebenen Segregationsphänomenen ist, dass die Berichte und Wahrnehmungen von betroffenen Bewohner_innen und sozialen Akteur_innen auf Muster hinweisen, die vor fast 60 Jahren mit dem sehr umstrittenen Ansatz der „*culture of poverty*“ (Lewis 1966)

beschrieben wurden. So berichten einige soziale Akteur_innen aus dem Umfeld der Familienhilfe von ihren Eindrücken, dass Angehörige der sogenannten „Multiproblemfamilien“ aufgrund des Fehlens berufstätiger Vorbilder bereits seit mehreren Generationen quasi in die Armut hineinsozialisiert würden und damit eine lokale Armutskultur herausbildeten.

Inwiefern dieser Ansatz bei der theoretischen Erweiterung des Segregationsbegriffs hilfreich oder aber problematisch ist, sollte daher kritisch geprüft werden. Einerseits könnte er helfen, bestimmte Verhaltensweisen und Einstellungen von Menschen in mikrosegregierten Nachbarschaften zu verstehen, insbesondere in Bezug auf soziale Isolation, Misstrauen gegenüber Institutionen und das Fehlen von sozialen Netzwerken. Auch kann dieser Ansatz ein Verständnis für die sozialen Dynamiken innerhalb segregierter Gruppen fördern und aufzeigen, wie historisch gewachsene Strukturen von Armut und Marginalisierung das Verhalten und die Interaktionen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen beeinflussen. Andererseits kann dieser Ansatz aber auch wesentlich zur weiteren Stigmatisierung der mikrosegregierten Nachbarschaften und Stadtteile beitragen. Bei Überlegungen eines – zumindest teilweisen – Wiederaufgreifens dieses Ansatzes sollten daher vor allem die strukturellen Faktoren wie Diskriminierung oder ungleiche Ressourcenverteilung ausreichend berücksichtigt werden und nicht einseitig das individuelle Verhalten fokussiert und damit die komplexe soziale Realität vereinfacht werden.

3. Relevanz für Stadtplanung und die soziale Stadt

Abschließend hoffen wir, dass durch eine zukünftige wissenschaftliche Beschäftigung und durch ein tieferes Verständnis der individuellen und kollektiven Erfahrungen der Bewohner_innen in hyper- oder mikrosegregierten Stadtteilen nicht nur eine kleinräumigere Betrachtung der bereits existierenden Segregationsverständnisse und von Segregationseffekten erreicht wird, sondern dadurch auch eine fundierte Grundlage für bedarfsorientiertere Interventionsstrategien aufseiten der öffentlichen Verwaltung und der freien Träger geschaffen werden kann. Die aktuelle Ausstattung in den betroffenen Stadtteilen mit sozialer Infrastruktur reicht nicht aus, um den spezifischen Bedürfnissen der Bewohner_innen gerecht zu werden. In den besonders belasteten Häusern, wo die Probleme oft so stark sind, dass die Menschen keine Hilfe mehr in Anspruch nehmen, bleibt die notwendige Unterstützung und damit die

Mikrosegregation und die Verschärfung negativer Segregationseffekte

gesellschaftliche Teilhabe auf der Strecke. Hier wären wohnortnahe, aufsuchende oder mobile Ansätze denkbar und hilfreich, um dem Ziel näher zu kommen, diese Nachbarschaften und Stadtteile so zu fördern, dass sie allen Bewohner_innen gute Lebenschancen ermöglichen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

Autor_innen

Susen Engel ist Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet im Bereich der sozialen Stadtentwicklung mit dem Fokus auf strategische und postmigrantische Stadtplanung. Susen.Engel@posteo.de

Sofie Kirkegaard ist Stadtplanerin. Sie engagiert sich in interdisziplinären Projekten mit einem Fokus auf kritische urbane Fragestellungen. Sofie.Kirkegaard@stephanus.org

Anne-Sophie Rebner ist Soziologin. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit Benachteiligung in urbanen Räumen, Daseinsvorsorge und sozialen Bewegungen. Anne-Sophie.Rebner@stephanus.org

Literatur

- Alisch, Monika (2023): Sozialräumliche Segregation – Ursachen und Folgen. In: Ernst-Ulrich Huster / Jürgen Boeckh (Hg.), Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Springer VS, 495-513.
- Atkinson, Rowland (2006): Padding the bunker: Strategies of middle-class disaffiliation and colonisation in the city. In: *Urban Studies* 43/4, 819-832.
- Böldt, Daniel (2023): Neue Strategie des Berliner Senats. Mehr als die Hälfte aller Haushalte könnte in Zukunft Sozialwohnungen mieten. In: *Der Tagesspiegel Online*, 5.6.2023. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neue-strategie-des-berliner-senats-mehr-als-die-halfte-aller-haushalte-konnte-in-zukunft-sozialwohnungen-mieten-9932387.html> (letzter Zugriff am 14.2.2025).
- Dangschat, Jens S. (2014): Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum. In: Peter A. Berger / Karsten Keller / Andreas Klärner / Andreas Neef (Hg.), *Urbane Ungleichheiten. Neue Entdeckungen zwischen Zentrum und Peripherie*. Wiesbaden: Springer VS, 117-132.
- Drilling, Matthias / Dittmann, Jörg (2022): Segregation. In: Fabian Kessl / Christian Reutlinger (Hg.), *Sozialraum. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit*. Wiesbaden: Springer VS, 255-264.
- Farwick, Andreas (2007): Soziale Segregation in den Städten – Von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt. In: Detlef Baum (Hg.): *Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe*. Wiesbaden: Springer VS, 111-122.
- Farwick, Andreas (2012): Segregation. In: Frank Eckardt (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 382-419.
- Forrest, Ray / Koh, Sin Y. / Wissink, Bart (2017): Hyper-divided cities and the „immoral“ super-rich: Five parting questions. In: Ray Forrest / Sin Y. Koh / Bart Wissink (Hg.), *Cities and the super-rich. The contemporary city*. New York: Palgrave Macmillan, 273-287.
- Guhl, Jutta / Blanc, Maurice (2023): Segregation und soziale Benachteiligung. In: Patrick Oehler / Sandra Janett / Jutta Guhl / Carlo Fabian / Bruno Michon (Hg.), *Marginalisierung, Stadt und Soziale Arbeit. Quartiersforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 187-202.
- Krenzlin, Ida L. (2024): Eine Million Berliner leben in Großsiedlungen – wie sieht die Zukunft der Quartiere aus? In: *Berliner Zeitung Online*, 27.5.2024. <https://www.berliner-zeitung.de>

- de/mensch-metropole/eine-million-berliner-leben-in-grosssiedlungen-wie-sieht-die-zukunft-der-siedlungen-aus-li.2218926 (letzter Zugriff am 1.11.2024).
- Latz, Christian (2023): Immer mehr Fälle am Stadtrand. Jedes vierte Berliner Kind lebt in Armut. In: Der Tagesspiegel Online, 11.8.2023. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/immer-mehr-falle-am-stadtrand-jedes-vierte-berliner-kind-lebt-in-armut-10293190.html> (letzter Zugriff am 1.11.2024).
- Lewis, Oscar (1966): The culture of poverty. In: Scientific American 215/4, 19-25.
- Maloutas, Thomas (2024): The role of vertical segregation in urban social processes. In: Nature Cities 1, 185-193.
- Maloutas, Thomas / Karadimitriou, Nikos (Hg.) (2022): Vertical cities. Cheltenham: Edward Elgar.
- Rüttenauer, Tobias (2021): Muster ethnischer Segregation in Deutschland – Ein Vergleich anhand räumlicher Segregationsmaße. In: Hanno Kruse / Janna Teltemann (Hg.), Differenz im Raum. Sozialstruktur und Grenzziehungen in deutschen Städten. Wiesbaden: Springer VS, 71-109.
- SenStadt Berlin – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Berlin (2023): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2023. Kurzfassung. https://www.berlin.de/sen/sbw/_assets/stadtdaten/stadtwissen/monitoring-soziale-stadtentwicklung/bericht-2023/mss_2023_kurzfassung.pdf?ts=1719227870 (letzter Zugriff am 1.10.2024).
- Vertovec, Steven (2007): Super-diversity and its implication. In: Ethnic and Racial Studies 30/6, 1024-1054.